



## PROJEKTBERICHT

### „Das ist nicht Europa!“

Ein Bericht über den Sur-Place-Dialog Italien „Stimmen von der Grenze“ im Rahmen der Projektreihe „Migration at Europe’s External Borders - Fortress Europe?“ im September 2014

*Ein Projekt des Studentenforums im Tönissteiner Kreis e.V.*

*Gefördert durch die Stiftung Tönissteiner Kreis*

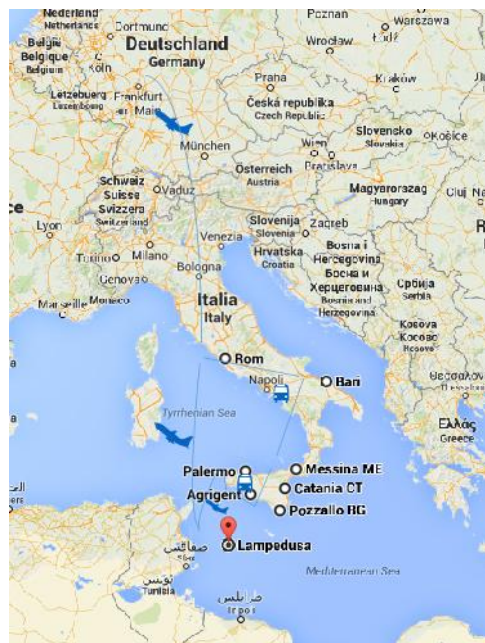
*und die Robert Bosch Stiftung GmbH*

## „Das ist nicht Europa!“

### Ein Bericht über den Sur-Place-Dialog Italien der Projektreihe "Migration at Europe's External borders – Fortress Europe?"

Von Kajetan von Armansperg, Clara Böcher, Klaas H. Eller, Janna Weßels, Nele Weßels und Florian F. Woitek

Nach vielen Monaten der Recherche und Vorbereitung machte sich am 2. September 2014 eine sechsköpfige Gruppe von Studierenden, Doktoranden und Young Professionals des Studentenforums auf den Weg nach Italien, um dessen Rolle in der Europäischen Flüchtlingspolitik besser zu begreifen. Der Sur-Place-Dialog stellte die dritte Phase der Projektreihe "Fortress Europe?" dar, die versucht, ein besseres Verständnis für Regeln, Theorien und Praxis der Europäischen Union im Umgang mit Schutzsuchenden und Migranten an ihren Außengrenzen zu erlangen. Die Route der zehntägigen Reise führte die Gruppe durch die südliche Hälfte Italiens. In 25 unterschiedlichen Terminen gewann die Projektgruppe ein sehr differenziertes Bild: Ein Besuch namenloser Gräber auf Lampedusa sowie des Hafens der sizilianischen Kleinstadt Pozzallo, wo zahlreiche Flüchtlingsboote auf die Verschrottung warten, waren dabei ebenso eindrücklich, wie die Gespräche mit verschiedensten Akteuren, von Mitgliedern der deutschen Botschaft und dem italienischen Innenministerium in Rom über Vertreter von Präfekturen und selbstorganisierte Flüchtlinge in behelfsmäßigen Unterkünften in Bari bis hin zur Küstenwache und Marine in Sizilien und der Bürgermeisterin von Lampedusa auf der kleinen Insel im Mittelmeer, der die Küste Nordafrikas näher liegt als das italienische Festland und die zum Sinnbild der Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer geworden ist.

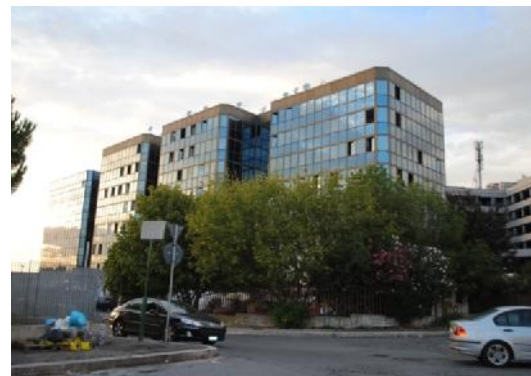


Reiseweg der Gruppe

### Viele Wege führen nach Rom

Fraglos stellt Rom in vielerlei Hinsicht das Zentrum der italienischen Flüchtlingspolitik dar. Zum einen sitzen hier zahlreiche Entscheidungsträger, zum anderen ist Rom mit seinen Auffangeinrichtungen Dreh- und Angelpunkt auf der Durchreise vieler Flüchtlinge. So finden sich hier – teils in unmittelbarer Nähe zueinander – Ministerien, staatliche Suppenküchen und mehr oder weniger provisorische Unterkünfte, die von Flüchtlingen teilweise

autonom organisiert werden. Die eigentümliche Mischung aus Nähe und Befremdung, in der Politik und Betroffene dabei zueinander stehen, zeigt sich beispielsweise bei der Gegenüberstellung des Innenministeriums und des „Palazzo Selam“ (Friedenspalast), einem ehemaligen Universitätsgebäude am Stadtrand Roms. Letzteres ist seit Jahren von zahlreichen Flüchtlingen besetzt, die mangels Alternativen innerhalb der staatlichen Systeme auf sich allein gestellt sind und Solidarität und Stabilität hauptsächlich in den Strukturen finden, die sie sich hier, am Rande der italienischen Gesellschaft, eigenständig aufgebaut haben. Während in dem einen Gebäude Mitarbeiter des Ministeriums in ihrer geregelten Arbeitszeit versuchen, Fragen zur nationalen Sicherheit und Asylpolitik zu klären, gesichert durch hohe Zäune und gewissenhafte Sicherheitsbeamte, leben keine drei Kilometer entfernt in einem diesem auf den ersten Blick äußerlich sehr ähnlichen Gebäude hunderte Menschen, die ursprünglich aus Somalia, Eritrea, Äthiopien und Sudan stammen. Der „Palazzo Selam“ ist ebenfalls durch einen Zaun geschützt und acht gewählte Vertreter – je zwei pro Nation – fangen Schaulustige noch am Tor ab. Während Journalisten und Studentengruppen regelmäßig zum Zweck der Berichterstattung oder Unterstützung zum Palazzo kommen, beklagen die Bewohner, dass sich Regierungsvertreter bislang vor Ort noch kein Bild von der Lage gemacht haben. Die meisten Bewohner besitzen laut Angaben der „Wächter“ am Eingang einen anerkannten Flüchtlingsstatus in Italien, dennoch sind sie durch Sprachbarrieren, unzureichende Integrationsprogramme und fehlende Infrastruktur nicht in der Lage in der italienischen Gesellschaft Fuß zu fassen und gezwungen, in dieser behelfsmäßigen Unterkunft zu wohnen. So erklärte einer der Bewohner: „Wenn ich eine Frage stellen könnte, wäre das: Warum? Warum werden wir anders behandelt als alle anderen?“



*Innenministerium (l.) und „Palazzo Selam“ (r.) in Rom*

Auf die Frage, was er von *Mare Nostrum* halte, der Search and Rescue Operation der italienischen Marine, die zu dieser Zeit noch großflächig Flüchtlingsboote im Mittelmeer auffing und die Insassen auf italienischen Boden brachte, antwortete ein anderer Bewohner knapp: „Wenn wir nicht im Meer sterben, dann sterben wir eben hier“. Er sprach dabei ein auf der Reise immer wiederkehrendes Paradox an: Die italienische Küstenwache versucht seit jeher in Seenot geratene Menschen im Mittelmeer zu retten. Seit dem 18. Oktober 2013 wurde sie dabei intensiv durch die Marine im Rahmen der inzwischen ausgelaufenen Operation *Mare Nostrum* unterstützt, die als Antwort auf nationalen und internationalen Druck im Nachgang der Bootskatastrophen vor Lampedusa Anfang Oktober 2013 gestartet wurde. Während in der Folge laut offiziellen Angaben über 100.000 Migranten und Asylsuchende im Mittelmeer gerettet wurden, werden in ganz Europa zunehmend Stimmen laut, die durch die scheinbar zunehmenden Ankünfte „an Land“ nun eine Überlastung der eigenen Kapazitäten fürchten. Die Frustration über die Aussichtslosigkeit der Situation schwang in allen Beschreibungen der Flüchtlinge mit: „We thought we were going to Europe – but this is not Europe“; zumindest nicht das Europa, das sie erwartet hatten.

Die EU-Verordnung „Dublin-III“ (Nr. 604/2013) sieht vor, dass das Land, in dem ein Schutzsuchender zuerst europäischen Boden betritt, für dessen Verfahren zuständig ist. Das heißt, dass der Asylantrag in dem jeweiligen Land, und nur in diesem Land, zu stellen ist und dieses Land im Umkehrschluss für die Aufnahme,

Betreuung und Versorgung des Migranten vor, während und im Anschluss an das Asylverfahren verantwortlich ist sowie alle damit in Verbindung stehenden Kosten zu tragen hat. Der Flüchtlingsstatus, der mit einem unbefristeten Bleiberecht und schließlich mit einer Arbeitserlaubnis einhergeht, ist, sofern er denn gewährt wird, ebenfalls nur für dieses zuständige Land gültig. Personen mit diesem Status genießen demnach keine Freizügigkeit innerhalb ganz Europas, sondern dürfen sich in anderen europäischen Ländern nur bis zu drei Monate aufhalten. Allerdings variieren die wirtschaftliche Lage ebenso wie die Aufnahmeverfahren in den verschiedenen EU-Ländern stark. Somit sind die Wahrscheinlichkeit, dass Asyl gewährt wird, und die Aussicht auf Integrationshilfe sowie die Chance, letztlich eine Berufstätigkeit zu finden, faktisch sehr unterschiedlich. Neben diesen wirtschaftlichen Perspektiven führen auch Faktoren der Familien- und Gemeinschaftszusammenführung sowie das politische Klima gegenüber Asylsuchenden dazu, dass es häufig nicht im Sinne der Betroffenen ist, in ihrem Ersteinreiseland zu bleiben. Um zu verhindern, dass Personen unbemerkt innerhalb Europas bis zu ihrem „Wunscheinreiseland“ weiterreisen und dieses als ihr Ersteinreiseland angeben, sieht die Dublin-III-Verordnung eine Registrierung der Flüchtlinge mit ihrem Namen, Herkunftsland und Fingerabdrücken unmittelbar nach ihrer Ankunft vor. Mit Hilfe einer grenzübergreifenden Datenbank können die Fingerabdrücke dann abgeglichen werden und im Falle einer bestehenden Registrierung in einem anderen Land erfolgt eine Rückführung, im Zweifel auch gegen den Willen des Betroffenen. Besonders in Ländern wie Italien oder Griechenland, deren wirtschaftliche Lage und hohe Arbeitslosenzahlen wenig Hoffnung auf Erwerbstätigkeit für Ausländer bereit halten, lässt sich daher zunehmend beobachten, dass Flüchtlinge weiterreisen und oft eine Registrierung um jeden Preis vermeiden wollen.

Wie auch durch Vertreter der deutschen Botschaft in Rom bestätigt wurde, kritisieren einige EU-Staaten Italien seit geraumer Zeit dafür, dass es diese Regelung im eigenen Interesse nur mit wenig Vehemenz durchzusetzen versuche. Im weiteren Verlauf der Reise beschrieben auch Mitarbeiter der Küstenwache sowie die Betreuer einer Unterkunft für Asylsuchende, dass die vollständige Registrierung nur in sehr seltenen Fällen direkt auf den Aufnahmeschiffen stattfindet, sondern meist erst Tage nach der Ankunft erfolgt. Bei Betrachtung der Zahlen fällt auf, dass, obwohl an den italienischen Küsten im letzten Jahr geschätzt 150.000 Menschen angekommen sind, hier lediglich etwas über 30.000 Asylanträge gestellt wurden. Im Innenministerium beteuerte man, dass die Registrierung gewissenhaft statfinde, aber man die Migranten nicht mit Gewalt zwingen könne. Hierzu fehle es auch an der notwendigen Rechtsgrundlage. Die Vertreter des Innenministeriums berichteten von Fällen, in denen Betroffene mit Suizid oder dem Mord an den eigenen Kindern gedroht hätten, um eine Registrierung der Fingerabdrücke abzuwenden. „Sollen wir sie etwa prügeln? Wir können sie ja nicht ins Gefängnis stecken, was sollen wir denn machen, wenn sie sich wehren?“. Die Flüchtlinge seien zunehmend besser informiert und bekämen von ihren Schleusern direkt vermittelt, dass sie eine Registrierung auf alle Fälle vermeiden müssten, wenn sie nicht in Italien „feststecken“ wollten. Denn ist die Registrierung erst einmal erfolgt, gibt es wenige Alternativen, als sich mit der Situation abzufinden: "Our fingerprints are here, so this is our home" sagten zwei Betroffene mit einem Schulterzucken – man kann nicht zurück in die alte Heimat, weiter darf man laut Dublin-III nicht, also gilt es, sich hier in Italien, wo die Fingerabdrücke aufgenommen wurden, eine neue Heimat aufzubauen.



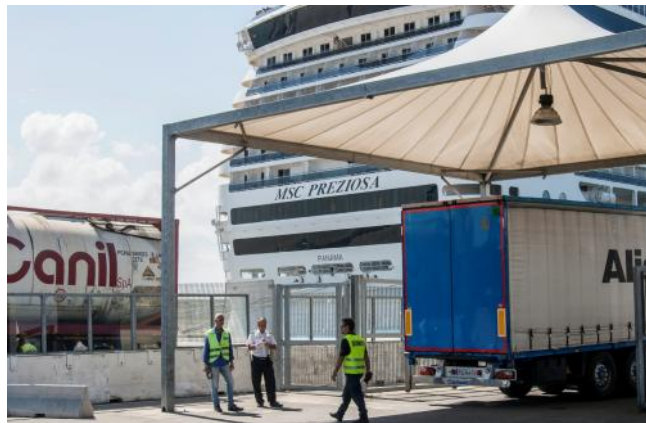
*Im Gespräch mit Vertretern der Deutschen Botschaft (l.) und des Centro Astalli, einer Hilfsorganisation für Flüchtlinge in Rom (r.)*

Zu sagen, wem genau an der häufigen Untergrabung der Dublin-Verordnung ein Vorwurf zu machen sei, fällt dabei schwer: Ein Schutzsuchender möchte meist eine langfristige Perspektive und Sicherung seines Lebensunterhalts. Italien zeigt auf der einen Seite Hilfsbereitschaft in diesen humanitären Notfällen, unter anderem als Reaktion auf (inter-)nationalen Druck. Auf der anderen Seite gilt es aber auch, die Kosten unter Kontrolle zu halten, und Personen, die offensichtlich nicht bleiben wollen, nicht einzusperren. Überdies beanspruchen innenpolitisch auch solche Stimmen Gewicht, die Überlastungen befürchten und mit Unverständnis, Angst und teils offen zu Tage tretendem Rassismus auf die Straße gehen. Die Europäische Union fordert ihrerseits rigiden Grenzschutz, um eine Überbelastung der eigenen Kapazitäten abzuwenden, und sieht in den Regelungen der Dublin-III-Verordnung den besten Anreiz für die Staaten, besonders an den EU-Außengrenzen, die eigene Grenzsicherung bestmöglich durchzuführen. Sehr skeptische Stimmen suggerieren nicht selten, dass humanitäre Missionen wie *Mare Nostrum*, die überfüllte Flüchtlingsboote bis weit über die italienischen Seegrenzen hinaus und kurz vor dem libyschen Festland rettete, einen „pull-factor“ darstellen könnten, also gar einen Anreiz zur Unternehmung der gefährlichen Überfahrt bieten. Ob dies wirklich der Fall ist oder, wie vor allem Vertreter von Hilfsorganisationen unterstrichen, dadurch einfach weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist schwer zu belegen. Folglich gehen die Meinungen bezüglich der Balance zwischen Solidarität und Grenzschutz besonders im politischen Rom und in der Auseinandersetzung mit den anderen EU-Staaten stark auseinander.

## **Bari, im Transit durch Italien**

Die Überlegungen, die dazu geführt hatten, Bari als Etappenziel dieses Sur-Place-Dialogs aufzunehmen, entsprangen den Ergebnissen des Sur-Place-Dialogs in Griechenland. Hier hatte das Projektteam im Jahr 2012 feststellen können, dass eine Vielzahl der Flüchtlinge, die über die türkische Grenze nach Griechenland kamen, hofften, auf einer Fähre nach Italien und von dort aus weiter in ihre Zielländer, die meist im Norden Europas liegen, reisen zu können. Manche der Migranten, mit denen damals gesprochen wurde, beschrieben, dass sie mehrmals täglich versuchten, ungesehen auf eine der Fähren zu kommen, die vom westgriechischen Patras nach Bari auslaufen. Am Hafen von Bari kommen neben Kreuzfahrtschiffen eben diese Fähren mit Lastkraftwagen auf dem Weg in verschiedene Länder Europas an. Wie griechische Fahrer im Hafen von Bari berichteten, existiert dieses Problem bis heute. Personen versuchen, sich in lebensgefährlichen Manövern unter die Ladeflächen der LKWs zu klemmen und so als blinde Passagiere erst auf die Fähre und dann nach Italien zu kommen. Auf der einen Seite kann dies für manche Fahrer zu heiklen Situationen führen, wenn sie als (fahrlässig unwissende) Helfer der illegalen Überfahrt erwischt und als Teilnehmer rechtlich belangt werden, weshalb viele von ihnen selbstständig vor Reiseantritt auf die Suche nach ungebetenen Mitreisenden gehen. Auf der anderen Seite berichteten Vertreter der Staatspolizei, dass sich immer wieder Lastkraftfahrer durch offenkundige Schleuseraktivitäten strafbar machen und entsprechende rechtliche Konsequenzen tragen müssten – etwa indem sie Sitze aushöhlen oder andere Hohlräume in ihren Fahrzeugen schaffen, in denen Menschen ungesehen transportiert werden können. Wo genau die Linie zwischen unwissendem und schuldhaftem Mittäter hierbei verläuft, schien dabei ein offener Streitpunkt zu sein und stark von der individuellen Position der Gesprächspartner abzuhängen. Dies galt auch für die Frage, was mit den Flüchtlingen passiere, die bei der rechtswidrigen Überfahrt auf der Fähre oder im Hafen aufgefunden werden. Die Staatspolizei sowie Hafentarbeiter beteuerten, dass diese Flüchtlinge unmittelbar mit dem gleichen Schiff wieder zurück nach Griechenland geschickt würden, obwohl dieses Vorgehen aufgrund der katastrophalen Zustände in der griechischen Flüchtlingsaufnahme zurzeit gesetzeswidrig ist. Im Gegensatz dazu wies die Autorità Portuale (das Hafenamtsamt) diese Praxis als unrechtmäßig zurück und bekräftigte, dass alle aufgegriffenen Personen direkt in lokalen Auffangstationen untergebracht würden.





*Kontrollen von LKWs im Hafen von Bari*

In Bari hatte das Projektteam die Möglichkeit, sich ein Vorzeigebeispiel eines dieser Aufnahmezentren, genannt C.A.R.A., genauer anzusehen und mit einer Führung durch den Direktor Einblicke in das tägliche Leben und die Organisation vor Ort zu bekommen. C.A.R.A. steht für „Centri di accoglienza per richiedenti asilo“ („Aufnahmezentren für Asylsuchende“), wobei das italienische Wort „cara“ auch verheißungsvoll „lieb“ oder „liebenswert“ heißt. In diesen Zentren sollen Asylsuchende nach ihrer Ankunft auf italienischem Boden Unterkunft und Verpflegung sowie rechtliche Beratung für die Dauer ihres Asylgesuchs bekommen. Das C.A.R.A. Bari-Palese, isoliert mitten auf dem Gelände eines Militärflughafens gelegen, hat eine medizinische Versorgungsstelle, ein Zentrum für Computer- und Sprachkurse, regelmäßige Mahlzeiten mit Berücksichtigung individueller Ernährungsbedürfnisse, religiöse Rückzugsorte, elektronische Identifikationskarten, gelegentliche Musik- oder Sportveranstaltungen und einen Laden, wo mit einem kleinen Taschengeld Zigaretten, Schreibutensilien und Telefonkarten gekauft werden können. Gleichwohl hat die Anlage einen provisorischen Charakter, da alles in großen Containern und Zelten untergebracht ist. Nach Angaben des Direktors lebten am 4. September 2014 1.669 Asylantragssteller hier, fast ausschließlich junge Männer. Die meisten kamen ursprünglich aus Pakistan, Nigeria, Afghanistan oder Bangladesch und fast alle sind mit dem Schiff in Italien gelandet. Ausgelegt war das Lager ursprünglich für 1.200 Personen, aber die steigenden Ankunfts zahlen waren auch hier zu spüren. So diente eine Hälfte der Essenshalle kurzerhand als Stockbettenlager. Laut italienischem Recht müssen Asylanträge innerhalb von 35 Tagen bearbeitet werden, sodass die Unterbringung in einem C.A.R.A. nicht für langfristige Aufenthalte ausgelegt ist. In diesen provisorischen Bettenlagern sowie den festen Containerräumen, die aus drei Schlafkammern für jeweils vier Personen bestehen, scheint es kaum Platz für Privatsphäre oder individuelle Bedürfnisse zu geben. Dass Verfahren aufgrund der aktuellen Überlastung der Asyl-Antragsstellen regelmäßig fünf bis sechs Monate dauern, ist laut mehrerer Aussagen von Betroffenen allerdings keine Seltenheit und mit nachfolgender Revision dauert der Prozess sogar häufig bis zu einem Jahr. Eine berufliche Tätigkeit auszuüben oder eine Existenz außerhalb des Auffanglagers aufzubauen, ist während dieser Zeit nicht möglich. Auch wenn hier scheinbar alles Lebensnotwendige vorhanden ist, bleibt stellenweise das Gefühl unbefriedigender Zustände: Alles, auch die Büroräume der Verwaltung oder die kleine Kirche, ist in Containern untergebracht und hat den Anschein nur temporär hier zu stehen. Wie ein Bewohner am Rande leise bemerkte, seien die Sanitäreinrichtungen, die nicht Teil der Führung waren, eine Zumutung. Des Weiteren seien laut anderer, die zum Zeitpunkt der Besichtigung dabei waren auf einer behelfsmäßigen Kochstelle ihr Mittagessen zuzubereiten, die vom Lager bereitgestellten Mahlzeiten oft nicht genießbar. Ferner standen im hinteren Teil des Areals die Überreste einer Zelthalle, die einige Wochen zuvor einem Brand zum Opfer gefallen war, auf dessen genaue Ursache die Betreiber nicht näher eingehen wollten. Dennoch, der Stolz, mit dem der Direktor die sechs Mitglieder des Studentenforums durch dieses C.A.R.A. führte, sowie das stetig freundliche Auftreten aller Mitarbeiter deutete an, wie vorzeigbar die Organisation und Verhältnisse, vielleicht auch im Vergleich zu anderen Einrichtungen, zu sein scheinen.



*Das C.A.R.A. Bari-Palese*

Wie allerdings bereits in Rom von NGO-Vertretern angesprochen worden war und auch in Bari durch die Bewohner des besetzten alten Konvents Santa Chiara nahe des Hafens bekräftigt wurde, scheinen die zur Verfügung stehenden Kapazitäten innerhalb der staatlichen Einrichtungen sehr stark überlastet zu sein. Insbesondere für anerkannte Flüchtlinge gibt es nach Abschluss des Verfahrens kaum Strukturen. So beschrieben einige junge Männer, alle etwa zwischen 17 und 22 Jahren, dass sie gemeinsam mit einem Boot in Italien angekommen waren und inzwischen als Flüchtlinge anerkannt wurden. Zwar träumten sie von einer Zukunft mit Studium und fester Arbeit, aber für den Moment seien sie damit beschäftigt, sich darum zu kümmern, täglich etwas zu essen und irgendeine Beschäftigung zu finden: „We have papers but we don't have work“. Wie ein Flüchtling desillusioniert anhand einer Redensart zu schildern versuchte, gäbe es für die Bewohner des besetzten Konvents wenige realistische Optionen für die unmittelbare Zukunft: „The devil finds work for the idle hand“ – der Teufel wird schon Arbeit für untätige Hände finden, besonders wenn sonst das Nötigste zum Leben fehlt. Wie anerkannte Flüchtlinge trotz Arbeitserlaubnis mehr oder weniger direkt in organisierte kriminelle Strukturen geraten können, hatte auch ein sudanesischer Flüchtling im ehemaligen Liceo Socrate, das inzwischen von Flüchtlingen besetzt ist, berichtet: Er lebe seit Jahren in Italien, spreche mittlerweile auch die Sprache, habe aber mangels Alternativen nur durch Schwarzarbeit seinen Lebensunterhalt verdienen können, da ihn aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage Italiens, des Wissens um das finanzielle Potential der Ausbeutung durch Schwarzarbeit und eines unterschweligen Rassismus niemand zu anderen Konditionen habe einstellen wollen. Seit einer Razzia, die ihn und mehrere weitere Schwarzarbeiter aufgriff, ist er nun vorbestraft, was eine erneute Anstellung vermutlich nicht begünstigt.



*Behelfsmäßiger Schlafplatz in einer ehemaligen Schule in Bari, das die Behörden einer Gruppe hier gemeldeter Flüchtlinge überlassen haben.*

## **Bootsankunft an den Küsten Siziliens**

Seit dem Start der Operation *Mare Nostrum* werden die Insassen geretteter Flüchtlingsboote, die auf dem Meer abgefangen wurden, zuerst auf im Mittelmeer stationierte Schiffe der Marine und dann direkt in Häfen auf dem italienischen Festland gebracht. Manchmal schaffen es Boote auch, direkt die südsizilianische Küste zu

erreichen. Eine dieser Ankunftsstellen findet sich im Hafen von Pozzallo, etwas südlich von Catania. Wie zuvor schon im Gespräch mit Vertretern verschiedener Hilfsorganisationen hervorgehoben wurde, erfordert die Erstaufnahme in solchen Häfen eine ganz andere Betreuungsleistung, als bei der Ankunft in den meisten anderen europäischen Ländern. Hier kommen, im Gegensatz zu Grenzübertritten an Land, Personen an, die zwei, vier oder gar zehn Tage zu Hunderten auf Booten ausgeharrt haben, die eigentlich für zwei bis drei Fischer ausgelegt sind.

Auf minimalem Raum, in unbequemen Sitz- oder Hockpositionen, teils ohne Tageslicht im Bootsinneren, oft im Sumpf der eigenen Exkrememente, durchgeschaukelt vom Seegang und in absoluter Ungewissheit darüber, ob man je wieder Festland erreicht, gilt es vor allem zu überleben. Die meisten können nicht schwimmen und diejenigen, die es können, würden in den Weiten des Mittelmeers schnell an die Grenzen ihrer Kräfte stoßen. Schwimmwesten gibt es nicht immer oder nur gegen einen Aufpreis, aber auch diese erfüllen häufig nur für kurze Zeit ihren Zweck. In der Regel ist nicht genug Wasser und Essen vorhanden, um alle Personen ausreichend zu versorgen, besonders wenn die Reise sehr lange dauert. Laut Augenzeugen kommt es folglich immer wieder zu Auseinandersetzungen oder gezielten Attacken, die nicht selten Tote zur Folge haben, sei es durch Messerangriffe oder indem Personen über Bord geworfen werden. Jeder Anwesende spielt beim Intervenieren nicht nur mit seinem eigenen Leben. Die Eskalation solcher Konflikte kann für alle Mitfahrer schnell lebensgefährlich werden, da sie die kleinen, instabilen Boote leicht zum Kentern bringen können. Eine weitere Gefahr schlummert in aller Regel im Rumpf der Boote: Die Plätze im Schiffsbauch sind kostengünstiger, weil sie gefährlicher sind. Hier droht nicht nur das Erstickten an den Abgasen des Motors, sondern auch das Ertrinken. Durch undichte Wände tritt regelmäßig Wasser ein, das schnell bis zu den Knien reicht. Pumpen, die an den Motor des Bootes gekoppelt sind, pumpen dies zwar während der Fahrt recht verlässlich ab, aber sobald die Motoren stoppen, tun dies auch die Pumpen. Das passiert in den seltensten Fällen, wenn Land in Sicht ist, sondern eher, wenn die Steuermänner den Motor abschalten, um nicht für Schleuseraktivitäten erwischt zu werden, oder gar der Treibstoff zur Neige geht. In der Folge füllt sich der Bootsrumpf langsam, aber unaufhaltsam mit Wasser, sodass zuerst die Personen unter Deck mit dem steigenden Pegel zu kämpfen haben und letztlich das ganze Boot zu sinken beginnt. Wenn das Kalkül aufgeht, so beginnt dieser Prozess, wenn die italienische Küstenwache in Reichweite ist und die Seenotrettung zeitnah erfolgen kann. Die Küstenwache wird dann häufig von Bord per Satellitentelefon zu Hilfe gerufen. Wie Mitarbeiter am Hafen von Pozzallo beim Besuch der Reisegruppe berichteten, waren in der Nacht zuvor drei Boote angekommen. Das letzte Boot lag noch im Wasser – es hatte wenige Stunden zuvor mit 140 Menschen an Bord tatsächlich unversehrt und unentdeckt aus Libyen die sizilianische Küste erreicht. Erst eine Woche zuvor hatten sie ein Boot mit 240 Menschen aufgenommen, in dem man unter Deck 45 Leichen fand, Männer und Frauen, die dort unten eingesperrt an den Abgasen erstickt oder im steigenden Wasser ertrunken waren.



Neuangekommene Flüchtlingsboote in Porto Empedocle (l) und Pozzallo (r) an der Küste Siziliens



Menschen, die unmittelbar solche Strapazen hinter sich haben, benötigen intensive Betreuung ihrer physischen und psychischen Leiden: Sie sind in aller Regel unterkühlt und dehydriert, haben manchmal seit Tagen keine Nahrung mehr zu sich genommen und müssen traumatische Erlebnisse verarbeiten. Anders als bei europäischen Ländern ohne migrationsrelevante Seegrenze wird hier dem Hafenspersonal, der Staatspolizei und den Hilfsorganisationen mit ihren bescheideneren Mitteln und Kapazitäten viel abverlangt und es blieb offen, inwiefern diese Betreuungsleistungen immer vollumfänglich gewährleistet werden können. Während einige Mitarbeiter der Küstenwache von halsbrecherischen Rettungsmanövern erzählten, bei denen mit dem Hubschrauber und viel Aufwand schwangere Frauen oder Schwerverletzte auf offener See aufgenommen und schnellstmöglich in nahegelegene Krankenhäuser gebracht werden, oder einige 15-jährige Jungen aus Ägypten in rudimentärem Englisch ihre Aufnahme in Italien mit „very good“ oder „super“ beschrieben, berichteten andere von spärlichen medizinischen Untersuchungen in kargen Zelthallen und dem unmittelbaren Transport in großen Reisebussen zum nächsten Auffanglager und manchmal auch weiter in das nächste und übernächste Lager, ohne gesicherte Pflege und Betreuung.

## Lampedusa und der Symbolgehalt einer Insel

Von Palermo aus ging es mit dem Flugzeug weiter nach Lampedusa, wo die Reisegruppe die Eigenheiten einer fünftausend-Seelen Insel fernab von Rom bestaunen durfte. Die kleine Gemeinde lebte und lebt vorrangig von Tourismus und etwas Fischerei. Doch seit sich mit der Jahrtausendwende der mediale Fokus der ganzen Welt stärker auf die Ankunft von Flüchtlingsbooten konzentrierte, gingen die Touristenzahlen zurück. Zu präsent sind auch noch die Bilder von Papst Franziskus, wie er umringt von Menschenmassen für die vielen ertrunkenen Flüchtlinge betete, oder von den Leichensäcken, die im Oktober 2013 den Hafen Lampedusas übersäten. Da seit den Bootsunglücken vor der Küste und dem Beginn der Operation *Mare Nostrum* jedoch keine Flüchtlinge mehr auf Lampedusa untergebracht worden sind, hatte die Insel im September 2014 dem ersten Augenschein nach wieder mehr von einer sonnigen Touristenoase als von einem hochbrisanten Zentrum medialer Interessen im Bereich Flüchtlingspolitik: 28°C im Schatten, zahlreiche Restaurants, weiße Segelboote und Sandstrände, die zu den schönsten der Welt gehören sollen.

Bei genauerem Hinschauen sind dann aber doch die Spuren der vielen Jahre Flüchtlingsaufnahme und -versorgung zu sehen. So finden sich auf dem lokalen Friedhof eine Handvoll namenloser Gräber einzelner Männer und Frauen, die lediglich ein Todesdatum, eine kurze Beschreibung der Todesumstände – allesamt Schiffsunglücke – und meist den Zusatz „wahrscheinlich nordafrikanischer Herkunft“ tragen. In der Kirche im Stadtzentrum gibt es in den Abendstunden eine Fotoausstellung zu sehen, die den Papstbesuch im Juli 2013 und einige Ankünfte überfüllter Flüchtlingsboote dokumentiert. Im kleinen Museum der verlorenen Dinge, dem PortoM, das durch den Verein Askavusa betrieben wird, finden sich zahlreiche einzelne Schuhe, bunte Schwimmwesten, vom Wasser verschlissene kleine Exemplare des Koran und der Bibel, zerbeulte Töpfe und Teekannen aus Metall, zerrissene Kleidungsstücke und unzählige kleine Objekte, die wohl einst Menschen mit großen Ängsten und Hoffnungen für eine Zukunft in Europa gehörten und nun vor allem von der zerstörerischen Kraft des Meeres erzählen. Vermutlich am eindrucksvollsten jedoch ist der „Bootsfriedhof“, ein etwa fußballfeldgroßes Areal direkt am Haupthafen der Insel, neben dem lokalen Sportplatz gelegen, auf dem sich Wracke und Trümmer alter Fischerboote aus Holz türmen. Es gibt keine Gedenktafel, kein Hinweisschild, nur die arabischen Schriftzeichen, die auf manchen Schiffen noch zu erkennen sind, verraten leise die Herkunft dieser Boote. Noch ist unklar, wie lange diese Überreste weiter hier lagern werden, da Verordnungen die Zerstörung aller Schiffe vorsehen, die einmal für den riskanten Flüchtlingstransport über das Mittelmeer genutzt wurden. Bereits Anfang 2014 wurde ein erster Schiffsfriedhof auf der Insel geräumt.



*Bootstrümmer auf Lampedusa*

Im starken Kontrast zu den klapprigen Überresten der afrikanischen Fischerboote säumen hochmoderne Hightech-Boote der Küstenwache, der Marine, der „Guardia di Finanza“ (Finanzpolizei) und der „Polizia di Stato“ (Staatspolizei, die dem Innenministerium unterstellt ist) Teile des kleinen Hafens von Lampedusa. Von den fünf Booten der Küstenwache, die teilweise aus sämtlichen Regionen der italienischen Küste im dreimonatigen Turnus für die Seenotrettung vor Lampedusa abgestellt werden, da die lokalen Ressourcen hier limitiert sind, sind auch einige von der Europäischen Union finanziert. Wie die fünfköpfige Crew eines dieser Rettungsboote bei einer Besichtigung berichtete, sind alle Schiffe hier für die Rettung auf hoher See bei starkem Wellengang tauglich, können bis zu 200 Menschen aufnehmen, erreichen Geschwindigkeiten von bis zu 56 km/h (30 kn) und werden von ihrer jeweiligen Crew stets liebevoll in Stand gehalten. Die Begeisterung für die technischen Feinheiten des Schiffs sowie die Signifikanz der eigenen Arbeit bei der Rettung von Menschenleben schwang in allen Beschreibungen mit. Dies verbunden mit der Einsicht, dass es sich bei der Seenotrettung schlichtweg um den Beruf der Küstenwache handelt, die an großen politischen Entscheidungen nicht beteiligt ist, während gleichzeitig diese Arbeit auch an den Rettern nicht spurlos vorbei geht.

Beim Treffen mit dem Leiter der Küstenwache von Lampedusa kam die Sprache auf Reiserouten und Transportmittel. Während 2011 vor allem Boote aus Tunesien ankamen, sind es aktuell vorrangig Schiffe, die in Libyen starten. Auf die Frage, ob ein Abebben der aktuellen Anfunftsahlen zu erwarten sei, zeigte er schlicht via google maps den Hafen von Zuwara an der libyschen Küste, übersät mit alten, typisch blauen, hölzernen Schiffskuttern – zahlreiche Boote scheinen also weiterhin für eine Überfahrt bereit stehen, während in Libyen ein Zustand herrscht, der die Schleuseraktivitäten nicht eindämmen kann oder gar nicht eindämmen will. Auch die Versuche, Schleuser zu erwischen und zur Rechenschaft zu ziehen, sind selten aussichtsreich. Rettungsmanöver werden grundsätzlich gefilmt, mit dem Ziel im Nachgang herausfinden zu können, wer das Boot steuerte. Auf jedem Boot fahren mindestens zwei Personen zum Führen des Bootes mit, die entweder auch Flüchtlinge sind und sich durch Schleusertätigkeiten ihren Fahrpreis erarbeiten wollen oder „hauptberufliche“ Handlanger organisierter Schleuserbanden. Im Zuge der Erstaufnahme der Flüchtlinge werden daher die Filmaufnahmen ausgewertet, Befragungen durchgeführt und Verdächtige sofort inhaftiert. An die wahren Drahtzieher kommt man dabei allerdings in aller Regel nicht. Diese sitzen, fern von der italienischen Justiz, in Libyen oder anderen Ländern jenseits des Mittelmeeres.



*Boote der Guardia Costiera / italienischen Küstenwache im Hafen von Lampedusa*

Auch wenn die restlichen Inselbewohner offensichtlich stets versuchen, einen normalen Alltag zu bestreiten, wird Lampedusa vermutlich allein aufgrund seiner geographischen Lage, etwas südlicher als Malta, immer ein wichtiger Punkt auf der Strecke zwischen Nordafrika und Süditalien sein, insbesondere da es keine Anzeichen dafür gibt, dass die Flüchtlingsströme in absehbarer Zeit abreißen werden. Im Gespräch mit der Bürgermeisterin von Lampedusa zeigte sich zum einen ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Rolle Lampedusas bei der (Erst-)Aufnahme von Hilfesuchenden im Mittelmeer, zum anderen aber auch ein entschiedenes Anliegen, nicht darauf reduziert zu werden. Sie schloss mit einer leicht resignierten Feststellung: „sie kommen, immer weiter, wir haben sie nicht eingeladen, wir haben nie gesagt ‚willkommen‘, aber sie kommen trotzdem“. Lampedusa scheint hier im Kleinen, was Europa für viele, die kommen, im Allgemeinen bedeutet: ein (vorübergehender) Zufluchtsort. Solange es in den vielen verschiedenen Herkunftsländern Krisenherde und Gewalt gibt, solange die sozialen Unterschiede zwischen den Regionen so gravierend sind, kann die EU und kann Lampedusa nichts tun, als sich verantwortungsvoll auf die kommenden Schutzsuchenden einzustellen.

## **Fazit einer weiten Reise**

Nach neun langen Tagen, zehn Nächten in sechs verschiedenen Unterkünften, 2.008 gefahrenen Kilometern von Rom nach Palermo und weiteren 68 Kilometern auf Lampedusa, einer 1.104 Bilder umfassenden Fotosammlung, über 50 Gesprächspartnern und unzähligen einschlägigen Erlebnissen bleibt vor allem das Gefühl, viel gelernt zu haben, dadurch aber handfesten Rezepten für die verworrene Problemlage kaum näher gekommen zu sein. Zu verzwickelt scheint die Situation, von zu vielen Interessenskonflikten durchzogen, zu sehr durch die widersprüchliche Informationslage geprägt. Fakt ist, dass sich auch 2014 wieder mehrere Tausend Menschen auf die lebensgefährliche Reise nach Europa begaben und viele auf dieser Reise ihr Leben lassen mussten. Die Überfahrt des Mittelmeers stellt auf dieser Reise oft nur einen kleinen Abschnitt des Wegs nach Europa dar, der die Schutzsuchenden nicht selten über zahlreiche Grenzen führt und mehrere Jahre dauern kann. Ob diese Menschen immer mit realistischen Erwartungen und Vorstellungen an ihre Reise und die Ankunft in Europa aufbrechen bleibt unklar, aber in jedem Fall kommen diese Menschen mit der Hoffnung, sich innerhalb der Europäischen Union eine Zukunft aufzubauen .

Die italienische Operation *Mare Nostrum* wurde im November 2014 durch die von der EU-Grenzschutzagentur Frontex koordinierte Operation *Triton* ersetzt, allerdings mit sehr viel kleinerem Budget und Radius sowie dem primären Ziel, die europäischen Außengrenzen zu schützen. Das Problem der lebensgefährlichen Überfahrt bleibt damit bestehen, wenn es sich nicht sogar durch die reduzierten Kapazitäten erneut verschärfen wird, und scheint solange nicht lösbar, wie keine anderen (legalen) Zugangswege für Flüchtlinge geschaffen werden.

Die Landwege, vor allem über Bulgarien und Griechenland, sind immer besser abgeschottet. Der Seeweg über Italien und Malta ist kaum im gleichen Maße abzuriegeln, insbesondere seit Rückführungen auf See vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für konventionswidrig erklärt wurden. So stellt der Seeweg für viele Schutzsuchende das einzige erreichbare „Tor“ nach Europa dar, wobei Italien gewissermaßen den „Vorraum“ eines zusehends als „Festung“ ausgestaltenden Europas darstellt, das durch die Dublin-Verordnung durch mehrere Schutzringe geschützt scheint.

Für Frau Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa, unterstreichen die anhaltend hohen und weiter steigenden Zahlen sowohl der ankommenden Schutzsuchenden als auch derer, die den Versuch der Überfahrt mit dem Leben bezahlen, das Scheitern des Abschottungssystems der „Festung Europa“ („sistema di chiusura“): „Sie kommen trotzdem, und sie sterben trotzdem“. Operationen wie *Mare Nostrum* seien kurzfristige, im Wortsinn „aus der Not geborene“ Lösungen. Tatsächlich sei aber eine grundlegende Reform des Asylrechts notwendig, damit Schutzberechtigten ein Zugang ermöglicht werde, ohne dass diese dafür Leib und Leben aufs Spiel setzen müssten. Im Laufe der zahlreichen Gespräche während der Reise wurden verschiedene Ideen zur Verbesserung der Lage diskutiert: Etwa das Einrichten eines humanitären Korridors für Schutzsuchende oder auch die Möglichkeit bei einer Botschaft oder einem Konsulat in einem Transitland entweder direkt Asyl zu beantragen oder aber ein Visum zum Zwecke des Asylgesuchs auszustellen. Noch scheint keiner dieser Vorschläge mehrheitsfähig, obwohl sich zuletzt auch der UNHCR für letztere Option ausgesprochen hat.

Eine Reform des Zugangs nach Europa wäre voraussichtlich nur in Kombination mit einer Reform im Inneren sinnvoll. Der irregulären Weiterreise innerhalb Europas kann bei gleichbleibenden Ankunftsahlen nur begegnet werden, indem die regulären Zugangswege durchlässiger werden. Dazu müssten einerseits die Standards und Verfahren in den verschiedenen Ländern vereinheitlicht werden, andererseits auch nach dem Verfahren gleiche Regeln gelten. Ein wichtiger Schritt wäre daher, dass mit dem Asylstatus eine Freizügigkeit innerhalb der ganzen EU einherginge. Ein den Staaten ebenso wie individuellen Bedürfnissen der Asylberechtigten entsprechendes Verteilungssystem ließe sich auf verschiedene Weise ausgestalten. Denkbar wäre hier nicht nur ein Quotensystem, wie es unter anderem auch von deutscher Seite gefordert wird, sondern auch ein System der Kostenteilung *ex post*, basierend auf nachträglicher proportioneller Kostenteilung tatsächlich entstandener Kosten. Auch diese Optionen erscheinen jedoch politisch kaum zustimmungsfähig. Noch 2013 wurde die Dublin-II-Verordnung neu verhandelt und, trotz der allgemein bekannten und anerkannten Kritik, nur mit kleinen Änderungen als Dublin-III-Verordnung neu verabschiedet.

Die Frage des Zugangs nach Europa und der Solidaritätspflichten, sowohl den Schutzsuchenden gegenüber als auch zwischen den europäischen Staaten, ist wohl zu komplex, als dass es eine einfache Lösung geben könnte. Zu viele Konfliktlinien kreuzen sich, ungleichartige Argumente treffen aufeinander (etwa menschenrechtliche und sozialpolitische), Zeithorizonte kollidieren (die akute Frage der Soforthilfe und das Argument, dass Fluchtgründe in Herkunftsländern entstehen und ihnen daher dort begegnet werden muss) und verschiedene Ortshorizonte treffen aufeinander (lokalpolitische Herausforderungen folgen aus weltpolitischen Umständen). Umso mehr ist die Auseinandersetzung notwendig, die Diskussion sowie das Entwerfen und Verwerfen von Ansätzen und Antworten. Das scheint dem Projektteam mit Hilfe dieses Sur-Place-Dialogs gelungen, nicht nur während der Reise, sondern auch während der monatelangen Vor- und Nachbereitungen – und die Diskussionen dauern an.

*Ein Projekt des Studentenforum im Tönissteiner Kreis e. V. – Das Projektteam dankt der Stiftung Tönissteiner Kreis, der Robert Bosch Stiftung und dem Tönissteiner Kreis e. V. sehr herzlich für ihre Unterstützung, ohne die dieser Sur-Place-Dialog nicht möglich gewesen wäre.*





*Die Teilnehmer des Sur-Place-Dialog beim Besuch der Küstenwache auf Lampedusa*

**An dem Sur-Place Dialog nahmen teil:**

Kajetan von Armansperg, Clara Böcher, Klaas H. Eller, Janna Weßels, Nele Weßels und Florian F. Woitek

**Dem Projektteam gehörten an:**

Janna Weßels (Projektleiterin), Kajetan von Armansperg, Clara Böcher, Klaas H. Eller, Julia Lemke, Nele Weßels und Florian F. Woitek

**Fotos:**

Klaas H. Eller und Nele Weßels